DIALOG

IM

Ausgabe 2014 –
Fraktion im Dialog
Informationen über die
parlamentarische Arbeit der
CDU-Landtagsfraktion

IM NOVEMBER 2014

CDU DIE FRAKTION IM LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Ihre CDU-Landtagsfraktion

Im Namen der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg grüße ich Sie. Ich freue mich, Ihnen die zweite Ausgabe unserer Fraktionszeitung vorstellen zu dürfen, mit der wir den Menschen in Baden-Württemberg die Schwerpunkte unserer parlamentarischen Arbeit vorstellen möchten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Demokratie braucht Wettbewerb. Einen Wettbewerb der Ideen. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, setzen daher in unserer parlamentarischen Oppositionsarbeit darauf, die besseren Ideen und Visionen für unsere Heimat Baden-Württemberg zu entwickeln.

Bildung ist Zukunft
Große Unzufriedenheit herrscht in der Bildungspolitik. Wir benötigen eine am Kind orientierte Bildungspolitik, die bestmöglich auf dessen Stärken und Schwächen eingehen kann. Wir brauchen nicht nur Akademiker, wir brauchen alle. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, eine Ausbildung zu machen, Arbeit zu finden und ein aktiver Teil der Gesellschaft zu werden. Mit dem Schulkonzept der CDU-Landtagsfraktion wollen wir die Antworten auf die vielen offenen Fragen geben, die die grün-rote ideologische Änderungswut aufgeworfen hat.

Mobilität ist Zukunft
Eine gut ausgebaute Infrastruktur hat dieses Land zu dem gemacht, was es heute ist: Wirtschaftsmacht und Hort der Innovation. Wir dürfen uns jedoch nicht auf dieser Tatsache ausruhen, sondern müssen jeden Tag dafür arbeiten, dass wir dieses Niveau halten und weiter ausbauen. Dazu braucht es gute Straßen, ein breites Mobilitätsangebot sowie neue Konzepte. Die Politik muss hier wegweisend vorangehen und die Grundlagen schaffen, die nur der Staat liefern kann. Es darf einem Land wie Baden-Württemberg nicht passieren, dass Minister Winfried Hermann 100 Millionen Euro Bundesmittel für den Straßenbau ungenutzt zurückgibt.

Stadt und Land sind Zukunft
Mobilität war ein wesentlicher Aspekt dafür, dass Baden-Württemberg, wie kein anderes Land, den Ausgleich zwischen städtischen und ländlichen Räumen geschafft hat. Diesen Ausgleich haben die Regierungsparteien aus den Augen verloren. Ohne Frage, auch die Ballungszentren benötigen eine gesonderte Betrachtung der Politik, jedoch darf es niemals ausschließlich Politik in eine Richtung geben. Damit würden wir die hohe Lebensqualität und den wirtschaftlichen Wohlstand, der eben auch im Schwarzwald, im Odenwald, in Hohenlohe oder auf der Schwäbischen Alb erwirtschaftet wird, ernsthaft in Gefahr bringen.

Der Geschäftsführende Vorstand der CDU-Landtagsfraktion (v. l. n. r.):
Winfried Mack, Landtagspräsident Guido Wolf, Helmut W. Rüeck, Friedlinde Gurr-Hirsch, Karl-Wilhelm Röhm, Fraktionsvorsitzender Peter Hauk, Dr. Thilo Traub, Volker Schebesta

Nicole Razavi MdL – Unser Fraktionsmitglied im Wahlkreis Geislingen **(WK 11)**

Werte sind Zukunft
Wichtig für uns als CDU-Abgeordnete ist, dass wir unsere Arbeit im Parlament entlang unserer Werte entwickeln. Nur so schaffen wir auch für die Menschen eine Verlässlichkeit und verlieren uns nicht in einer tagespolitischen Hektik. Als CDU-Landtagsfraktion wissen wir unser Wertefundament im christlichen Menschenbild begründet. Bei aller Individualisierung und Pluralisierung unserer Lebensentwürfe finden die damit verbundenen Grundüberzeugungen in weiten Teilen unserer Gesellschaft große Zustimmung. Zum Kern des christlichen Menschenbildes gehört, dass der Mensch nicht auf sich begrenzt ist, sondern dass er Teil einer Gemeinschaft ist, für die er ebenfalls Verantwortung trägt. Christ sein heißt, für andere da zu sein. Das ist der Maßstab unserer parlamentarischen Arbeit.

Herzliche Grüße
Ihr
Peter Hauk MdL
Fraktionsvorsitzender

INHALT

Verkehr und Infrastruktur Seite 2
Ländlicher Raum, Große Städte und Wissenschaft Seite 3
Bildung und Enquete Rechtsextremismus Seite 4
Fraktion Aktuell Seite 5–7
Im Dialog Seite 8

Mobilität der Zukunft – Mobilität für Stadt und Land

Mobil zu sein ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Mobilität gehört untrennbar zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und ist für alle Generationen, für Schüler und Studenten, für Berufstätige und Rentner unverzichtbar. Eine gute Verkehrspolitik muss deshalb Mobilität ermöglichen und darf nicht aus ideologischen Gründen beschränken oder bevormunden.

Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg

Alle Teile des Landes benötigen leistungsfähige Verkehrswege und attraktive Angebote. Auch als starker Wirtschaftsstandort ist Baden-Württemberg auf ein gutes Verkehrsnetz angewiesen. Davon hängen Zukunftschancen und Arbeitsplätze ab. Als CDU-Landtagsfraktion müssen wir die ländlichen Räume gleichermaßen im Blick haben wie die Ballungsräume. Ihre Erreichbarkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse sind zentrale Zukunftsaufgaben.

Im Flächenland Baden-Württemberg ist eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur unverzichtbar. Als CDU-Landtagsfraktion setzen wir uns in unserer parlamentarischen Arbeit deshalb für den Erhalt und Ausbau der Straßen ein. Dafür sind größere Anstrengungen als in den vergangenen dreieinhalb Jahren notwendig: Wir benötigen mehr Mittel für Erhalt und Sanierung, damit wir nicht auf Kosten der Substanz leben. Dort wo sie gebraucht werden, müssen Straßen aber auch neu gebaut werden. Bei kommunalen Verkehrsprojekten sind unsere Städte und Gemeinden auf eine verlässliche Förderung angewiesen. 2019 läuft die Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz aus. Als Abgeordnete treten wir für eine Nachfolgeregelung ein, um den Kommunen Planungssicherheit zu geben. Das Land darf die Kommunen nicht im Stich lassen.

Ausbau des ÖPNV in der Fläche des Landes

Der ÖPNV muss zur vollwertigen Alternative des Autos werden. Dem Bus kommt dabei in der Fläche eine entscheidende Bedeutung zu. Als Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion fordern wir eine ÖPNV-Finanzierung, die auch bei sinkenden Schülerzahlen langfristig tragfähig ist und die bewährte mittelständische Struktur der Busunternehmen nicht gefährdet.

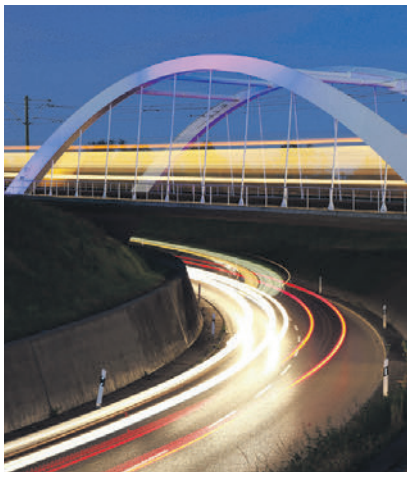
Der Schienenpersonennahverkehr im Land ist eine Erfolgsgeschichte. Jetzt steht er vor einer besonderen Herausforderung: Zahlreiche Netze müssen neu vergeben werden. Verbesserte Konditionen im Wettbewerb sind notwendig, um das hervorragende Niveau zu halten. Dass die Ausschreibungen nur schleppend vorankommen und dadurch Verschlechterungen drohen, ist unverantwortlich.

Mobilität der Zukunft

Als CDU-Landtagsfraktion wollen wir neue Formen der Mobilität entwickeln und dabei die Belastungen für Mensch und Umwelt im Auge haben. Die Mobilität der Zukunft muss die Verkehrsträger optimal verknüpfen und weiterentwickeln. Die technologische Entwicklung eröffnet dabei neue Möglichkeiten: Echtzeitinformationen und die Verknüpfung von Auto, Rad, Bus und Bahn mit Car-Sharing- und Mitfahrangeboten, Rufbussen und Taxis werden machbar. Mittel- und langfristig werden auch Hybrid- und Elektroantriebe große Chancen für eine umweltfreundliche Mobilität eröffnen. ■

Interview

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Versäumnisse und Fehler der grünen Verkehrspolitik?
„Minister Hermann hat mind. 100 Mio. Euro an Bundesmitteln, die uns für den Straßenbau zugestanden hätten, nicht genutzt. Das ist ein Skandal und wir haben im Landtag mehrfach darauf hingewiesen. Damit hätten viele Verkehrsprojekte im Land schneller beendet und neue Baumaßnahmen früher begonnen werden können. Weil die Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr seit Jahren in Verzug sind, fürchten wir negative Auswirkungen auf den Wettbewerb und damit auf das Angebot im Land. Ein großes Fragezeichen setzen wir auch hinter den fahrlässigen Umgang mit Steuergeldern. Unter Minister Hermanns Amtsführung wurden allein im Jahr 2013 Gutachten im Wert von 2,3 Mio. Euro vergeben, zum Vergleich: Unter Schwarz-Gelb waren es noch 890.000 Euro. Das werden wir als CDU-Landtagsabgeordnete weiter thematisieren."



Arbeitskreis Verkehr und Infrastruktur der CDU-Landtagsfraktion

Nicole Razavi MdL, verkehrspolitische Sprecherin

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser verfehlten Verkehrspolitik?
„Die Konsequenzen spüren wir alle. Die Leistungsfähigkeit unserer Infrastruktur kommt immer mehr ins Hintertreffen. Die aktuelle Verkehrspolitik wird den Ansprüchen der Menschen, der Wirtschaft, der Städte und des ländlichen Raums nicht gerecht".

Wie unterscheidet sich die Verkehrspolitik der CDU-Landtagsfraktion von der der Landesregierung?
„Gute Verkehrspolitik muss sich an den Bedürfnissen des ganzen Landes und an der Zukunft ausrichten. Sie darf nicht ideologisch einseitig sein und die einzelnen Verkehrsträger gegeneinander ausspielen. Sie müssen gleichermaßen gestärkt werden. Für uns als CDU-Landtasgfraktion stehen Fortschritt, Wettbewerbsfähigkeit und Sachlichkeit im Vordergrund. " ■

Impressum

Herausgeber:
CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Tel.: 0711/2 06 38 15
Fax: 0711/2 06 38 60
www.cdu.landtag-bw.de

V.i.S.d.P.:
Dr. Thilo Traub, Fraktionsgeschäftsführer
Isabel Kling, Pressesprecherin (Redaktion)

Rechtlicher Hinweis:
Dies ist eine Information über die parlamentarische Arbeit der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Gestaltung:
www.diedruckvorstufe.de

Druck:
Bechtle Verlag&Druck
Zeppelinstraße 116
73730 Esslingen

Bilder:
Fotolia, Wolfgang List, CDU Landtagsfraktion

Gemeinsam unsere Städte nachhaltig entwickeln

Prof. Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart a. D.

Prof. Dr. Schuster war Gast in der CDU-Landtagsfraktion und gab dort zum Thema „Große Städte" wichtige Impulse für die Fraktionsarbeit.

Weder unser Land noch unsere Städte sind Inseln. Wirtschaftlich und wissenschaftlich global vernetzt und mit einer Bevölkerung aus vielen Ländern sind wir mehr denn je von globalen Megatrends beeinflusst: Sei es der Klimawandel, die demografische Entwicklung, die Energie- und Rohstoffversorgung oder die Digitalisierung unseres Alltagslebens. Umso wichtiger ist es, diese Megatrends aufzunehmen und gemeinsam für und in unseren Städten nachhaltige, d. h. ökologische, ökonomische und soziale Perspektiven zu entwickeln.

Zu den ökologischen Aufgaben gehören z. B. die Reduktion des Flächenverbrauchs, die Durchgrünung unserer Städte und Begrünung von Dächern, Energiesparprogramme für öffentliche und private Gebäude und Angebote der intermodalen Mobilität, die den ÖPNV mit Car-Sharing und Bike-Sharing verbinden.

Ökonomische Nachhaltigkeit zu fördern bleibt angesichts des globalen Wettbewerbs eine zentrale Aufgabe. Ohne unsere Unternehmen gäbe es weder Ausbildungs- noch Arbeitsplätze, noch die notwendigen Steuereinnahmen zur Finanzierung unserer Aufgaben. Dazu gehören geeignete Gewerbegebiete, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und ein Bildungssystem, das junge Menschen so fördert, dass sie alle gute Beschäftigungschancen bekommen.

Sozial nachhaltig ist für mich vor allem, jedem faire Chancen zu geben und gemeinsam die Kommune zu gestalten. Deshalb gilt es, bürgerschaftliches Engagement in allen Lebensbereichen, vor allem auch im Sport, in der Kultur und im Sozialen zu fördern. Angesichts der demografischen Entwicklung brauchen wir mehr denn je das Engagement der BürgerInnen, damit unsere Städte kinderfreundlicher werden und das soziale Miteinander der Nationen und Generationen gelingt. Dann werden wir auch künftig friedlich, tolerant und sicher in unseren Städten leben. Dies ist die Grundlage, damit unsere Städte attraktiv bleiben für Unternehmen, die die notwendigen Arbeitsplätze auch für die jüngere Generation schaffen. ■

Große Städte und ländlicher Raum

Als CDU-Landtagsfraktion haben wir uns immer bewusst dafür eingesetzt, dass die Entwicklung und die Lebensqualität im ganzen Land gefördert werden. Dabei haben wir als CDU-Abgeordnete immer ein Augenmerk darauf gelegt, Infrastruktur in allen Lebensbereichen und in allen Landesteilen gleichwertig vorzuhalten und den Menschen und Familien die Entscheidung über ihren Lebensmittelpunkt selbst zu überlassen.

Bezahlbarer Wohnraum – die Herausforderung für kommende Generationen

In den Städten müssen wir darauf achten, und dafür setzen wir uns in unserer parlamentarischen Arbeit ein, dass es auch künftig bezahlbaren Wohnraum gibt. Gerade in Universitätsstädten ist Wohnraum knapp und teuer. Aber auch für ältere Menschen ist diese Thematik oft existenziell. Neue Wohnformen wie das Mehrgenerationenhaus bieten hier Möglichkeiten, die es von Seiten der Politik zu fördern gilt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf drängen sich unter dem Eindruck des demografischen Wandels auf. Der zunehmenden Individualisierung und Anonymisierung in Städten will die CDU-Landtagsfraktion mit vielfältigen Formen der Gemeinschaftsbildung begegnen. Auf der Suche nach Lösungen waren uns die hier dokumentierten Anregungen von OB Prof. Dr. Schuster sehr hilfreich.

Arbeitskreis Ländlicher Raum und Verbraucherschutz der CDU-Landtagsfraktion

Der Ländliche Raum zwischen Lebensqualität und Lebensgrundlage

Baden-Württemberg ist auch deshalb stark, weil es starke ländliche Räume hat. Das ehrenamtliche Engagement für die Gemeinschaft ist auf dem Land besonders lebendig. Auch künftig müssen strukturelle Entwicklungen der Gemeinden im Ländlichen Raum rechtzeitig erkannt und aktiv begleitet und für zukünftige Generationen attraktiv gehalten werden. Mit guten Konzepten, aber auch mit dem Mut zu neuen, innovativen und unkonventionellen Lösungen! Dazu zählt auch die „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen" und die „Förderung des Ehrenamts" als Staatsziele in die Landesverfassung aufzunehmen, dafür setzen wir uns im Parlament ein. Als CDU-Landtagsfraktion fordern wir im kommunalen Finanzausgleich die Schaffung eines Demografie-Faktors, eine Flächenkomponente und die Berücksichtigung von Schutzgebieten. ■

FRAKTION AKTUELL

Vorfahrt für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung

Ein besonderes Markenzeichen Baden-Württembergs ist seine vielfältige und ausgezeichnete Hochschullandschaft. Hinter den Spitzenleistungen in Forschung und Lehre steht eine gezielte Förderung aller Hochschularten durch die langjährige parlamentarische Arbeit der CDU-Landtagsfraktion und der von ihr getragenen Regierungen. Kernstück dieser Politik sind die Autonomie der Hochschulen und die Freiheit von Forschung und Lehre. Grün-Rot hat beides in den letzten Jahren eingeschränkt und versucht, die Hochschulen des Landes in den Dienst ideologischer Ziele zu nehmen. Beispielhaft hierfür stehen die Einführung eines Transparenzregisters für Forschungsvorhaben, die Beschneidung der Rechte des Hochschulrates und neue Einflussrechte des Wissenschaftsministeriums bei der Besetzung dieses Gremiums, das bislang die enge Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sicherstellen konnte.
Wissenschaft und Forschung brauchen den nötigen Freiraum, damit sie im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe und Ideen bestehen können. Dafür setzen wir uns in unserer parlamentarischen Arbeit ein. Dabei müssen die Hochschulen in der Lage sein, selbstständig entscheiden zu können, in welchen Zukunftsbereichen sie ihre Schwerpunkte setzen wollen. Hierzu müssen sie von bürokratischen Fesseln, wie dem Transparenzregister befreit und die bislang gute Verzahnung zwischen Lehre, Forschung und Wirtschaft weiter sichergestellt werden. Unser Land braucht wieder eine größere Offenheit gegenüber neuen, zukunftsweisenden Technologien. ■

Bildungskonzept der CDU-Landtagsfraktion

Grundschulempfehlung

- Eine durchgängige Beratung ab Klasse 1 macht die Leistungsentwicklung sowie das Leistungsvermögen des einzelnen Kindes sichtbar.
- Eltern erhalten zusammen mit der Grundschulempfehlung in Klasse 4 eine fundierte Entscheidungsgrundlage.
- Eltern dürfen vom Ergebnis der Grundschulempfehlung nicht überrascht werden.
- Die weiterführende Schule erhält künftig wieder die Grundschulempfehlung.

Orientierungsphase Klasse 5/6

- Einführung einer Orientierungsphase in den Klassen 5 und 6 der Realschule, garantiert Kindern eine individuelle Förderung und den richtigen Start in die Zukunft. Diese soll auch an den Haupt- und Werkrealschulen eingeführt werden.

Bildungswegeempfehlung

- Am Ende der Orientierungsphase steht die Bildungswegeempfehlung.
- Sie zeigt den weiteren Bildungsweg auf.

Differenzierung ab Klasse 7 (Praxisweg und Realschulweg laufen parallel)

- Schülerinnen und Schüler sollen künftig an der Realschule den echten Hauptschulabschluss erwerben können.
- Auf dem Praxisweg werden sie gezielt auf den Hauptschulabschluss vorbereitet.
- Daneben besteht parallel der Bildungsweg zur Mittleren Reife.
- Der Unterricht – insbesondere in Deutsch, Mathematik, Englisch und der Naturwissenschaft – soll leistungsdifferenziert organisiert sein.

Berufspraxis

- Damit der Übergang in die Berufswelt bestmöglich gelingt, soll ab Klasse 8 eine enge Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen erfolgen.

Bildungschancen für unser Land

Derzeit werden bei den Menschen im Land unvermindert falsche Erwartungen in der Bildungspolitik geweckt, die am Ende nicht erfüllt werden! Z. B. versprach der Kultusminister noch im Februar 2013 im Landtag das Sitzenbleiben überflüssig zu machen – seither haben sich die **Sitzenbleiberzahlen** in der 5. Klasse an den Gymnasien mehr als vervierfacht, an den Realschulen gar versechsfacht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!

Wir brauchen eine **moderne und zukunftsfähige Bildung**, die an den zweifellos noch immer vorhandenen Stärken anknüpft und seinen gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern die erforderlichen Rahmenbedingungen für einen guten Unterricht sichert. Dazu haben wir als CDU-Landtagsabgeordnete ein Konzept entwickelt, das den kommenden Herausforderungen Stand hält. Als CDU-Landtagsfraktion wollen wir die **Grundschulempfehlung** durch ein **systematisches Beratungskonzept** ab Klasse 1 ergänzen und setzen auf den vertrauensvollen Dialog zwischen Schule und Elternhaus von Anfang an. Das ist die richtige Basis für eine verantwortungsvolle Entscheidung zum Wohl des Kindes. Die weiterführenden Schularten müssen die Grundschulempfehlung kennen, denn nur dann können sie die Schülerinnen und Schüler vom ersten Tag an gezielt fördern und unterstützen.

Die **Realschulen** müssen wieder fit gemacht werden, damit neben dem Gymnasium eine zweite attraktive und leistungsstarke Schule die Schülerinnen und Schüler möglichst optimal auf das Berufs- und Arbeitsleben vorbereitet. Dazu sollen an den Realschulen künftig die Kinder in den Klassen 5 und 6 in einer Orientierungsphase gemeinsam unterrichtet werden – wobei natürlich ergänzende Förder- und Unterstützungsangebote von der jeweiligen Schule in Abhängigkeit zum jeweiligen Bedarf gemacht werden können.

Am Ende der **Orientierungsphase** soll an der Realschule eine **Bildungswegeempfehlung** stehen. Diese kann Schülerinnen und Schüler auf den zum Hauptschulabschluss führenden Praxisweg, auf den zur Mittleren Reife führenden Realschulweg oder auch zum Überwechseln auf das Gymnasium empfehlen. Ab Klasse 7 soll in den Kernfächern ein getrennter Unterricht stattfinden. Die gute Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen garantiert eine erfolgreiche **Vorbereitung auf die Berufsausbildung** oder das Berufliche Gymnasium. ■

Arbeitskreis Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) / Entwicklung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Die schrecklichen Taten der Neonazi-Bande haben uns allen erneut vor Augen geführt, wozu extremistisch motivierte Täter in der Lage sind und welche Gefahren von Extremisten für die Gesellschaft ausgehen. Aus diesem Grund ist es richtig und wichtig, die Entwicklung von extremistischen Strömungen aufzuarbeiten und Handlungsstrategien gegen die Feinde unserer Demokratie zu erarbeiten. Wir müssen extremistische Gewalt jeder Art verhindern – dafür setzt sich die CDU-Landtagsfraktion in ihrer parlamentarischen Arbeit ein.

Leider haben die Regierungsfraktionen den Auftrag der Enquetekommission einseitig auf den Rechtsextremismus beschränkt. Wir als CDU-Landtagsfraktion behalten dagegen das gesamte Spektrum extremistischer Gewalt im Blick – denn neben rechtsextremistischer Gewalt stellt sowohl linksextremistisch als auch religiös motivierte Gewalt eine konkrete Bedrohung dar!

Die Fraktionen von Grünen und SPD blenden diese Gefahr aus – sie planen sogar einen massiven Stellenabbau beim Verfassungsschutz! Und das, obwohl die Arbeit in der Enquetekommission gerade erst begonnen hat. Damit gefährden sie die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land!

Entwicklung rechtsextremistischer und linksextremistischer Straftaten in Baden-Württemberg:

	2011	2012	2013	Veränderung 2012/2103
Rechtsextremistische Straftaten	988	1.108	925	– 16,5%
davon: rechtsextremistische Gewalttaten	35	40	35	– 12,5 %
Linksextremistische Straftaten	535	385	477	+ 23,8 %
davon: linksextremistische Gewalttaten	88	65	126	+ 93,8 %

Die Anzahl religiös motivierter Straftaten, insbesondere aus dem Bereich des Islamismus, wird nicht gesondert ausgewiesen.

Laut Verfassungsschutzbericht sind im Jahr 2013 bundesweit und auch aus Baden-Württemberg weit mehr als 200 Personen in die Krisengebiete Syriens ausgereist, wobei die Dunkelziffer deutlich höher liegen dürfte. Bei diesen Personen besteht die Gefahr, dass sie nach ihrer Rückkehr in hiesigen islamistischen Kreisen Radikalisierungsprozesse fördern und Anschläge begehen.

Quelle: Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2013 (http://www.verfassungsschutz-bw.de/,Lde/Startseite) ■

FRAKTION AKTUELL

Notwendigkeit einer sofortigen Nullverschuldung

Zu einem starken Land gehört eine verlässliche und solide Finanzpolitik, die es unserer Wirtschaft ermöglicht, in Innovationen und neue Produkte zu investieren, die auch künftigen Generationen Gestaltungsspielräume bietet. Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb, dass die Nettokreditaufnahme schon in diesem Jahr auf Null abgesenkt wird und dauerhaft keine neuen Schulden mehr gemacht werden dürfen. In den Jahren 2008 und 2009 haben wir gezeigt, dass Haushalte ohne neue Schulden möglich sind. Mit den Steuermehreinnahmen, aus der aktuellen Steuerschätzung und den Überschüssen aus Vorjahren, verfügt die Landesregierung damit über genügend Geld, um die im Jahr 2014 geplanten neuen Schulden in Höhe von 1,3 Milliarden Euro auf Null zu senken und auch in den Jahren 2015 ff ohne neue Schulden auszukommen. ■

Arbeitskreis Finanzen und Wirtschaft der CDU-Landtagsfraktion

Arbeitskreis Innenpolitik

Baden-Württembergs Polizei war traditionell Marktführer unter den Sicherheitsbehörden in Deutschland

Wir laufen akut Gefahr den Spitzenplatz unter den Sicherheitsbehörden zu verlieren. Dies zeigt sich insbesondere bei der Zunahme der Wohnungseinbrüche, die wir als CDU-Landtagsfraktion auch parlamentarisch thematisieren. Nur jeder 10. Einbruch wird in Baden-Württemberg noch aufgeklärt. Damit sind wir trauriges Schlusslicht aller Flächenländer. Dies alles verunsichert die Bürgerinnen und Bürger. Der Schutz der eigenen Wohnung hat für das Sicherheitsgefühl der Menschen oberste Priorität. Die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion fordern daher, dass schnellstmöglich auf den besorgniserregenden Anstieg der Wohnungseinbrüche reagiert und geeignete Handlungskonzepte entwickelt werden müssen.

Auch die überdimensionierte und bürgerferne Polizeireform schwächt die Arbeitskraft der Polizei mehr, als sie zu verbessern. In der neuen Struktur entstehen unnötige Reibungsverluste, die die Polizeiarbeit verzögern und erschweren. Durch lange Anfahrtszeiten, z. B. bei Verkehrsunfällen mussten Bürgerinnen, Bürger und Feuerwehren vielerorts stundenlang auf die zuständigen Polizeibeamten warten. Die Polizeireform muss daher aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion schnellstmöglich umfassend und ergebnisoffen überprüft werden, um die notwendigen Änderungen zum Wohle der Menschen in unserem Land anzugehen. Die Polizei muss wieder zu den bundesweiten Spitzenreitern werden. ■

Kein Stellenabbau im Verfassungsschutz

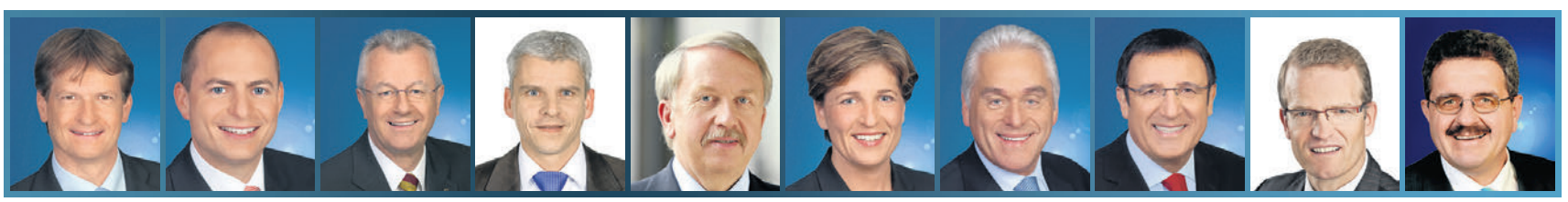
Angesichts der zunehmenden vielfältigen Bedrohungen durch politisch und religiös motivierten Extremismus lehnen wir als CDU-Landtagsfraktion den von den Regierungsfraktionen angekündigten Stellenabbau im Verfassungsschutz ab. Einsparungen in diesem Bereich, ohne sachlich fundierte Begründung und ohne vorherige Aufgabenkritik, allein um den Konsolidierungsplänen der grün-roten Regierung gerecht zu werden, sind verantwortungslos. Ein funktionierender Verfassungsschutz erfordert

Arbeitskreis Recht und Verfassung der CDU-Landtagsfraktion

in erster Linie ausreichend Personal, um auch in Zukunft Bedrohungen und Schaden von Baden-Württemberg abwenden zu können. ■

Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justiz

Ein funktionierendes Justizwesen ist ein wesentlicher Grundpfeiler des Rechtsstaates und zugleich Garant für die gesellschaftliche und politische Ordnung unseres Landes. Die jüngsten Vorkommnisse – Entlassung von Straftätern aus der Untersuchungshaft, Massenschlägereien in Jugendgefängnissen und nicht zuletzt der zu Tode gekommene Häftling der JVA Bruchsal – haben uns eindrücklich die Bedeutung der Justiz für die innere Sicherheit und für unser aller Sicherheitsempfinden vor Augen geführt. Vor diesem Hintergrund ist das Festhalten der Regierungsfraktionen an den geplanten Sparmaßnahmen im Bereich der Richter und Staatsanwälte sowie im Strafvollzug, grob fahrlässig. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Personal, um das Vertrauen der Bürger in unsere Justiz nicht weiter zu gefährden. Die CDU-Landtagsfraktion erwartet deshalb von der Landesregierung entschlossenes Handeln und ein klares Konzept, um die Überlastungssituation an den Gerichten zu beseitigen und um Gefährdungssituationen für Personal und Insassen im Strafvollzug künftig zu verhindern. ■



FRAKTION AKTUELL

Integration ist gelebte Verantwortungsgemeinschaft

Integration heißt gelebte Verantwortungsgemeinschaft von allen Seiten. Wir in Baden-Württemberg haben Bedarf an qualifizierten Menschen, die unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft bereichern. Wir sind darüber hinaus verpflichtet, Flüchtlingen Schutz und Zuflucht zu gewähren. Dafür kämpfen wir in unserer parlamentarischen Arbeit.
Eine qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften muss sich an klaren Kriterien orientieren und gesteuert sein. Eine reine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme würde uns auf Dauer überfordern. Wir als CDU-Landtagsfraktion wollen sicherstellen, dass Neuankömmlinge schnell und mit überschaubarem Aufwand ihren Beruf ausüben und sich hier gut einleben können. Dazu bedarf es konkreter Vereinbarungen von beiden Seiten. ■

Arbeitskreis Integration der CDU-Landtagsfraktion

Behebung des Fachkräftemangels / Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Baden-Württemberg ist die stärkste und innovativste Region Europas. Zu diesem Erfolg tragen insbesondere unser starker Mittelstand und fleißige Menschen im Land bei. Zur Sicherung unseres Wohlstands ist wirtschaftliches Wachstum unabdingbar. Unsere Unternehmen müssen auch künftig im internationalen Wettbewerb bestehen. Durch den demografischen Wandel und dem damit einhergehenden Rückgang der Fachkräftebasis zeichnet sich in einigen Branchen bereits jetzt ein Fachkräftebedarf ab, der sich in Zukunft noch deutlich verschärfen wird. Hierzu müssen wir eine Gesamtstrategie entwickeln, in der alle wesentlichen Handlungsfelder identifiziert und alle möglichen Stellschrauben ohne Vorbehalte geprüft werden. Dazu gehört auch, dass alle bestehenden Potenziale des Arbeitsmarktes besser als bislang genutzt werden. Wir als CDU-Landtagsfraktion wollen insbesondere junge Familien darin unterstützen, dass sie Beruf und Familie auch vereinbaren können. Daher ist es uns wichtig, im engen Schulterschluss mit den Unternehmen, die Betreuung für die Kinder ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewährleisten. Damit wollen wir einen Impuls setzen, dass mehr weibliche Fachkräfte Führungspositionen besetzen können. Wir setzen uns mit unserer parlamentarischen Arbeit dafür ein, dass unsere Unternehmen auch in Zukunft ausreichend Fachkräfte haben. Dies gelingt mit familiengerechten Arbeitszeiten und einer erstklassigen Bildung und Ausbildung in Baden-Württemberg, aber auch mit Instrumenten der betrieblichen Weiterbildung. ■

Arbeitskreis Finanzen und Wirtschaft der CDU-Landtagsfraktion

Arbeitskreis Europa und Internationales

Neue Weichenstellungen in der Europäischen Union im Sinne Baden-Württembergs beeinflussen

Die Europäische Union steht nach der Europawahl vor neuen Weichenstellungen. Die neue Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker hat eine Fülle wichtiger Aufgaben vor sich. Baden-Württemberg kann sich als erfolgreiches und wirtschaftsstarkes Land bei der Aufstellung der Prioritäten in der EU aktiv einbringen. Dabei ist uns als CDU-Landtagsfraktion wichtig, dass auf EU-Ebene, wie im Land selbst, eine Politik für den Mittelstand, für Innovation und Arbeitsplätze Vorrang haben muss. Die EU muss ihre Bemühungen verstärken, unnötige Bürokratie abzubauen und im Vorfeld neuer Gesetze deren Folgewirkungen und Belastungen für Unternehmen und Bürger stärker in den Blick zu nehmen. Die Internationalisierung der Wirtschaft schreitet immer schneller voran. Damit wir in Baden-Württemberg auch in Zukunft davon profitieren, sind faire Regeln und gemeinsame Standards in den Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Weltregionen notwendig. Die EU ist hier gefragt, dies durchzusetzen. Als CDU-Landtagsfraktion fordern wir deshalb, dass sich die Landesregierung Baden-Württembergs als Exportland Nr. 1 dabei in Zukunft stärker in die Verhandlungen einbringt und unsere Anliegen in Brüssel deutlich vorbringt. ■

FRAKTION AKTUELL

Arbeitskreis Enquetekommission Pflege der CDU-Landtagsfraktion

Die Herausforderungen in der Pflege müssen jetzt angegangen werden

Auf Initiative der CDU-Fraktion hat der Landtag die Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ auf den Weg gebracht. Es ist der Wunsch von uns CDU-Abgeordneten, die Pflege in Baden-Württemberg frühzeitig auf kommende Herausforderungen vorzubereiten. Schon heute ist die Lage mehr als schwierig. Die Anforderungen an die Pflegekräfte und deren Belastung ist sehr hoch. Der Bedarf an guten Fachkräften nimmt in Anbetracht der steigenden Zahl an pflegebedürftigen Menschen zu. Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der CDU-Fraktion im Landtag unverzichtbar, nach Möglichkeiten zu suchen, um eine qualitativ hochwertige Pflege in Baden-Württemberg auch in Zukunft sicherzustellen und diese generationengerecht zu gestalten. Dazu suchen wir zusammen mit unseren Experten nach Wegen, um bestehende Strukturen fortzuentwickeln und vorhandene Missstände zu beseitigen. Ein wichtiger Schritt ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs. Zugleich gilt es, die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen umfassend zu unterstützen und die Strukturen vor Ort an die jeweiligen Bedarfslagen anzupassen. Als CDU-Landtagsfraktion wünschen wir uns eine gute und bedarfsorientierte Pflege für alle, damit jeder solange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in seiner gewohnten Umgebung führen kann. ■

Die Energiewende erfolgreich gestalten

Die Energiewende zum Erfolg zu führen, ist eine anspruchsvolle Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen müssen. Dabei ist wichtig, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht schneller erfolgen darf, als der Ausbau der Netze und Speicher, denn nur so kann die Wende in der Energieversorgung erfolgreich vollzogen werden. Für unsere Haushalte darf der Strompreis nicht zur übergroßen Last werden. Die Unternehmen im Land brauchen Energiepreise, die ein Bestehen im Wettbewerb ermöglichen. Die Energieerzeugung und ihre Vergütung müssen effizient und marktwirtschaftlich ausgestaltet werden.

Die Landesregierung hat bislang eines gezeigt: Wie es ganz offensichtlich nicht geht. So ist Baden-Württemberg seit etwa zwei Jahren weit abgeschlagen beim Ausbau der Windkraft. Die CDU-Landtagsfraktion hat mit einem eigenen Energiekonzept Wege aufgezeigt, wie die Energiewende für Baden-Württemberg erfolgreich gestaltet werden kann. ■

Verantwortungsvolle Politik für unsere Umwelt

Eine lebenswerte und gesunde Umwelt zu erhalten und auszubauen, ist für uns Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung auch für künftige Generationen. Die CDU-Landtagsfraktion steht für eine konstruktive und verantwortungsvolle Umwelt- und Energiepolitik – vom Klimaschutz, der Wasserwirtschaft bis hin zur Luftreinhaltung.

Im Mittelpunkt unserer parlamentarischen Arbeit steht dabei die Vorsorge für Mensch und Natur. Sie wollen wir nicht durch immer neue Vorschriften, sondern im Miteinander von Politik und Menschen gestalten. Dazu gehört für uns auch überzogenen Regulierungen – etwa im Bereich der Gewässerrandstreifen oder beim Umweltverwaltungsgesetz – eine deutliche Absage zu erteilen. Mit immer neuen Maßgaben und Verboten kann sonst das Gegenteil des eigentlich Gewünschten erreicht werden. Unserer Umwelt ist im Ergebnis nicht gedient. Anreize und freiwillige Maßnahmen, die die Menschen mitnehmen, statt sie zu gängeln, halten wir für den besseren Weg. ■

Qualitativ hochwertige und wohnortnahe ärztliche Versorgung muss sichergestellt sein

Ziel unserer Arbeit als CDU-Landtagsfraktion ist die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen medizinischen Versorgung. Schon seit einigen Jahren zeichnet sich ab, dass es, gerade im ländlichen Raum, zu wenig Hausärzte geben wird. Die CDU-Landtagsfraktion hat deshalb schon im Jahr 2010 ein Zehn-Punkte-Aktionsprogramm „Landärzte“ im Parlament verabschiedet. Ziel dieses Programmes war es, dem befürchteten Ärztemangel dadurch zu begegnen, dass schon frühzeitig Maßnahmen eingeleitet werden, um eine flächendeckende und gute Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten medizinischen Leistungen langfristig zu sichern. Leider wurde dieses Ziel von der jetzigen grün-roten Landesregierung nicht aktiv genug weiterverfolgt. Aktuell wird damit gerechnet, dass es im hausärztlichen Bereich zu Nachfolgeengpässen kommen wird und in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren 500 Ärztinnen und Ärzte weniger tätig sein werden, da altersbedingt aufgegebene Praxen nicht wiederbesetzt werden können. Diesen Entwicklungen wollen wir entgegentreten und setzen uns in unserer parlamentarischen Arbeit dafür ein, dass die Allgemeinmedizin schon während des Studiums stärker gewichtet, und die Einrichtung von medizinischen Versorgungszentren vor allem mit Hausärzten wesentlich stärker vorangetrieben wird. Daneben fordern wir eine bessere Bedarfsplanung bei der Ärzteversorgung. ■

Arbeitskreis Sozialpolitik der CDU-Landtagsfraktion

Landtagspräsident Guido Wolf MdL, Abgeordneter des Wahlkreises Tuttlingen-Donaueschingen

Herr Landtagspräsident, Sie nehmen als Mitglied der CDU-Landtagsfraktion eine herausragende Stellung im Parlament ein und sind viel im Land unterwegs. Steht der direkte Draht zu den Bürgerinnen und Bürgern heute mehr im Mittelpunkt als früher?

Absolut. Die immer niedriger werdende Wahlbeteiligung ist für mich ein Ansporn, auf die Bürgerinnen und Bürger stärker zuzugehen. Wir dürfen nicht im parlamentarischen Elfenbeinturm sitzen, sondern müssen draußen vor Ort im Dialog um das Vertrauen der Bevölkerung werben und Rückmeldungen für unsere parlamentarische Arbeit gewinnen und umsetzen. Wir müssen aktiv auf die Menschen zugehen, mit ihnen reden und hören, was sie uns zu sagen haben. Vielleicht haben wir das in den zurückliegenden Jahren ein bisschen verlernt? Die Nähe zu den Menschen muss aber wieder unser Markenzeichen werden.

Was nehmen Sie aus diesen Veranstaltungen, Diskussionen und Besuchen mit?

Zuallererst, dass die Menschen und Unternehmen im Land fleißig und voller Ideen und Tatkraft sind. Aber eben auch, dass sie sich wieder mehr Unterstützung von der Politik erwarten. Sie verstehen nicht, dass Grün-Rot in Sachen Infrastruktur auf Windräder und Fahrradwege setzt, in Bayern aber erfolgreich in den Ausbau der Infrastruktur, in Straßen und schnelles Internet investiert wird. Sie beklagen die aktuelle Bildungspolitik, die Real- sowie Berufsschulen gezielt schwächt, während die Schülerinnen und Schüler in Sachsen und Bayern in Ländervergleichen weiterhin Spitzenplätze belegen. Zudem höre ich immer wieder, dass auch wir ein schärferes Profil brauchen und etwa für Mittelstand und Mittelschicht mehr tun könnten. Eine Auffassung die ich teile, die beispielsweise im Hinblick auf die Abschaffung der kalten Progression für die vielen mittleren Einkommen von Facharbeitern, Angestellten und Beamten im Land politisch noch stärker mit Leben erfüllt werden muss. Alle diese Erfahrungen bringe ich in die parlamentarische Arbeit unserer CDU-Landtagsfraktion ein.

Wenn Sie den Menschen im Land über Ihre Arbeit in der CDU-Landtagsfraktion berichten, dann sprechen Sie auch über Themen wie Haushalt, Länderfinanzausgleich und Zuwanderung. Geraten Sie dabei nicht zwangsläufig in Opposition zur Landesregierung?

Als Landtagspräsident würde ich gerne auch bei Veranstaltungen anderer Parteien des Landtages auftreten. Indes werde ich von Grün und Rot kaum eingeladen. Dennoch sollten wir alle zusammen eine Debatte über die besten Lösungen für unser Land führen. Als Mitglied der CDU-Fraktion als größter Oppositionsfraktion, gehört es aber geradezu zu meinen Aufgaben, der Regierung auf die Finger zu schauen. Und gerade in Sachen Haushalt und Finanzen ist es schwer, keine Kritik zu üben. Wer trotz sprudelnder Steuereinnahmen im kommenden Jahr noch immer fast 800 Millionen neue Schulden aufnehmen will, handelt unseriös und auf Kosten kommender Generationen. Das kritisieren meine Fraktionskollegen und ich ebenso, wie die allein parteipolitisch motivierte Weigerung der Landesregierung, zusammen mit anderen Bundesländern gegen den Länderfinanzausgleich zu klagen.

Wie wollen Sie die Menschen stärker an der Arbeit der CDU-Landtagsfraktion beteiligen?

Ich bin überzeugt, dass wir als Christdemokraten unsere Arbeit im Landtag stärken, wenn wir unsere Ziele und Lösungsvorschläge im Dialog mit den Menschen im Land entwickeln. Mir schwebt ein „Zukunftsplan 2021“ vor, der bewusst nicht auf kurzlebigen programmatischen Aktionismus setzt. Gerade in der Schulpolitik oder bei der Polizei braucht es vielmehr langfristige Perspektiven und eine verlässliche Politik. ■

Im Dialog – Impulse für die Fraktionsarbeit

Werte einer Gesellschaft

Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel war zu Gast bei der Fraktionsklausur im September 2014 und referierte dort u. a. zum Thema Werte. Seine Ausführungen fließen in die Fortentwicklung unseres Wertekompasses ein. Aktueller Sachstand / „Wertekompass“ www.fraktion.cdu-bw.de

Ministerpräsident a. D. Erwin Teufel

Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Für politische Bewertungen von Problemen brauchen wir die fachliche Beurteilung eines Sachverhalts, der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten und ihre Abwägung an uns wichtigen und wertvollen Grundsätzen. Die Frage muss sein: Was ist für die Menschen gut oder was schadet ihnen? Werte ergeben sich aus unserer Kultur, aus Erfahrung, aus der Geschichte und aus persönlicher Erkenntnis. Sie werden weitergegeben von Generation zu Generation. Wir haben sie übernommen von unseren Eltern, von Lehrern und Freunden, von großen Persönlichkeiten, von Denkern, von unserem christlichen Glauben.
Aus der bitteren Erfahrung von Kriegen lernten wir den Wert des Friedens schätzen. Aus den schlimmen Erfahrungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entstand die Bedeutung von Freiheit und Rechtsstaat. Aus der Alleinherrschaft wuchs die Herrschaft des Volkes – die Demokratie. Aus der Erfahrung von Vertreibung aus der Heimat entstand das „Recht auf Heimat“. Aus den Hungersnöten wuchs der Beginn der Industrialisierung. Aus Feindschaft und Krieg zwischen den europäischen Völkern wurde Versöhnung und Zusammenarbeit in der EU. Aus Religionskriegen entstand in Europa Religionsfreiheit und die Ökumene.
Die wertvollste Institution, Gemeinschaft und Hilfe für das Leben eines Menschen ist seine Familie. Hier erfährt er nicht nur theoretisch, sondern auch im alltäglichen Leben praktisch und durch Vorbild, was für das Leben wertvoll ist.
Die grundlegenden Werte unserer Gesellschaft sind verankert „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“, in den Grund- und Menschenrechten des Grundgesetzes. Der Mensch hat diese Rechte nicht vom Staat. Dieser gewährleistet sie. Er hat diese Rechte, weil er Mensch ist.
Der Philosoph Karl Popper sagte: „Alles Leben ist Problemlösen.“ Das beinhaltet: „Alle Politik, alle berufliche Tätigkeit ist Problemlösen.“ Damit brauchen wir Entscheidungsfähigkeit durch Fach- und Orientierungswissen, an Werten, im Kleinen, wie im Großen. Der Lohn ist ein menschenwürdiges Leben. ■

Digitale Zukunft

Günther H. Oettinger war bei der Fraktionsklausur im September 2014 zu Gast und hat über die wachsende Bedeutung der Digitalisierung gesprochen und Anregungen für die parlamentarische Arbeit der Fraktion gegeben, die konkret in die Arbeit der AG Netzpolitik einfließen. Aktueller Sachstand / „Netzpapier“ www.fraktion.cdu-bw.de

EU-Kommisar und Ministerpräsident a. D. Günther H. Oettinger

Herr Oettinger, als ehemaliger Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und zuständiger Kommissar in Brüssel, wo sehen Sie die zentralen Herausforderungen der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft in der Zukunft?

Die digitale Revolution schafft zahlreiche Chancen und Wachstumspotenziale, bringt aber auch viele Herausforderungen und manche Gefahren für die Realwirtschaft mit sich. Gerade die wirtschaftlichen Stärken Baden-Württembergs, die im Maschinenbau, im Fahrzeugbau, aber auch in der Elektrotechnik sowie in der Fahrzeugzulieferung liegen, werden diese Veränderungen bemerken.
Die starken Branchen unseres Landes fit zu machen für die digitale Zukunft ist unsere gemeinsame Herausforderung.

Welche Aufgaben und Herausforderungen kommen dabei auf Baden-Württemberg und speziell auf uns als baden-württembergische Parlamentarier zu?

Baden-Württemberg ist ein Land mit bedeutender Industrie, mit starkem Handwerk sowie mit leistungsfähigem Handel und kompetenten freien Berufen. Daneben hat Baden-Württemberg hervorragende Adressen der IT-Wirtschaft – bis hin zu Weltmarktführern. Die IT-Wirtschaft und die Realwirtschaft bestmöglich zu vernetzen ist eine Aufgabe mit vielen Chancen für das Land.
Darüber hinaus ist die Kernkompetenz der Landespolitik im Bereich von Bildung, beruflicher Weiterbildung und Forschung angesiedelt: es geht darum, Forschungscluster gemeinsam mit den Hochschulen und den Forschungseinrichtungen im Lande zu entwickeln und es geht auch darum, die baden-württembergischen Arbeitnehmer(innen) und Unternehmer(innen) fit zu machen für die digitale Revolution, die nahezu jeden Arbeitsplatz verändern wird. ■